

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Telephon: Amt Norden 2493 und 2496

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Telephon: Amt Norden 9744

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen ausser morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einbindung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachdruck der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Streifenband 4 M.

Inserate kosten die Siebengepostene Anzeigenzeile ober deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen“ das selbige Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreigespaltene Reklamenseite 3 M. Teuerungszuschlag 30 %. Bei Familienanzeigen, Verammlungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag für Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr abends bei der Expedition Schiffbauerdamm 19, aufgegeben sein.

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 2

Dienstag, den 7. Januar 1919

Nummer 11

Einleitung von Verhandlungen.

Eingreifen der Parteileitung der U. S. P. D. — Die Parteien zu Verhandlungen bereit. — Opfer des Bruderzwistes.

Entspannung.

Der 6. Januar ist stürmisch verlaufen. Alle sozialistischen Parteien hatten den Massenaufmarsch proklamiert und ihre Anhänger auf die Straße gerufen. Es ist an manchen Orten zu Zusammenstößen gekommen und es sind leider auch Opfer gefallen, Opfer, die nicht gebracht worden sind im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, sondern in einem Kampf, der vermieden hätte werden können zwischen Arbeitern.

In dem Moment höchster Spannung, als eine große Katastrophe fast schon unabwendbar schien, da hat unsere Parteileitung eingegriffen. In den ersten Nachmittagsstunden beschloß sie, eine Vermittlung zu versuchen. Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, bot sie den Parteien ihre guten Dienste an. Sie schlug dem Zentralrat und der Reichsregierung auf der einen Seite, dem Zentralvorstand der U. S. P. D. Groß-Berlin und den revolutionären Obleitern und Vertrauensmännern vor, in Verhandlungen einzutreten und die Differenzpunkte einer Kommission zur Sächlichkeit zu überweisen.

Der Zentralrat und die Regierung erklärten prinzipiell ihr Einverständnis mit dem Schritt. Der Zentralvorstand Groß-Berlin fand sich einmütig bereit, in Verhandlungen einzutreten. Inletzt gaben auch die revolutionären Obleitern und Vertrauensmännern nach längerer Beratung mit Häufigkeitmajorität ihre Zustimmung. Die an dieser Beratung teilnehmenden Vertreter des Spartakusbundes lehnten die Verhandlungen ab und verzichteten auch auf eine Vertretung in dem Johann gewählten Komitee, das mit der Führung der Verhandlungen betraut wurde. Doch wird dieser Verzicht auf den Gang der Verhandlungen und die weiteren Ereignisse wohl ohne jeden Einfluß bleiben. Wir haben Grund zur Meinung, daß die Verhandlungen in den nächsten Abendstunden bereits in Gang gekommen sind.

Wir wissen, daß in diesen Verhandlungen große Schwierigkeiten zu überwinden sein werden. Auf allen Teilnehmern lastet ungeheure Verantwortung. Wir erwarten, daß sie alle sich dessen bewußt sind und die Verhandlungen in dem Geiste und der Absicht geführt werden, der gemeinsamen Sache der Revolution und dem Sozialismus zu nützen.

So groß die Schwierigkeiten sind, dann werden sie überwunden werden.

Zum zweiten Mal in kurzer Zeit sind sich Proletarier in den Straßen Berlins feindselig gegenübergestanden, ist Proletarierblut geflossen. Wir alle müssen wünschen, daß es kein drittes Mal mehr gibt. Nicht an Wahrung von Autorität, nicht an Fraktionsvorteile darf gedacht werden, sondern nur daran, daß der Bruderzwist zwischen den Proletariern selbst unserer Sache schwer Abbruch tut. Wir wollen keinen Bürgerkrieg innerhalb der Arbeiterschaft, wir wollen den Sieg der ganzen vereinten Arbeiterklasse.

Noch ist der Weg dunkel und viel Steine liegen auf ihm. Der Weg der Verhandlungen im sozialistischen Geiste der Brüderlichkeit ist aber unserer Ueberzeugung nach der einzige, der zum Ziel führen kann und so wollen wir hoffen, daß er von allen Teilnehmern durchschritten wird.

An unseren Genossen ist es, den Ausgang der Verhandlungen abzuwarten und sie nicht durch Aktionen auf eigene Faust zu durchkreuzen.

Das Schreiben der Parteileitung der U. S. P.

Die Gefahr blutiger Zusammenstöße zwischen den verschiedenen Gruppen des Berliner Proletariats veranlaßt uns, für das Zentralkomitee der U. S. P. D. unsere Vermittlung anzubieten, um Verhandlungen zur Vermeidung von Feindseligkeiten und die Einsetzung einer Kommission zur Schlichtung der vorliegenden Differenzpunkte herbeizuführen.

Die Demonstrationen.

Ein so ungeheures Aufgebot an Menschenmassen wie am gestrigen Tage hat Berlin noch nicht gesehen. In den Mittagsstunden war es direkt bräutigend geworden, noch durch die Straßen zu kommen. Der Straßenbahnverkehr stockte an einigen Stellen länger als eine halbe Stunde. Die in der Siegestraße aufgestellten Arbeiter gegen 1 Uhr mittags in das Innere der Stadt. Der Zug nahm weit die ganze Straßenseite ein. Nur wo die Wehrstraße fuhr, bog die Masse links und rechts aus. Die Demonstranten waren von einem nicht zu verkennenden Kampfesmut befeuert. So laut und so großend ist das „Nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann“ seit dem 6. Dezember noch nicht erklingen. Wie ein Erlan festete die Masse „Nieder! Nieder! Nieder!“ durch die Straßen. Die Demonstranten stiegen teilweise mit Bügen des Scheidemannanklages zusammen. Hierbei soll es an einzelnen Stellen zu Schlägereien gekommen sein. Während der Zug nach der Leipziger Straße zu strömte, zog ein anderer durch die Linden nach dem Ploß vor dem Markthaus. Andere Bände kamen aus dem Osten und Norden geströmt und wandten sich der Straße unter den Linden zu.

Unter den unbeteiligten Zuschauern konnte man oft die Bemerkung hören, die Demonstranten seien lediglich Spartakusleute. Das stimmte nicht. Es sind revolutionäre Arbeiter und Soldaten gewesen, die nicht gewillt sind, daß man dem Interesse des Proletariats entgegenarbeite und den militärischen Mächten die Waffen wieder in die Hand gebe. Viele Bänder trugen Schilder mit der Aufschrift U. S. P. Unter den Demonstranten befanden sich Tausende von Arbeitern aus den Eisenbahnwerkstätten. Zu ihnen sah man auch bewaffnete Soldaten und Zivilisten an der Spitze der Bände marschieren. Im Laufe des Nachmittags lösten sich die Bänder in Einzelzüge auf. Es geschah zuweilen, daß ein Zug die Straße aus, ein anderer die Straße abwärts zog. Ueberall war eine geschlossene Selbstdisziplin zu bemerken. Die Bänder marschierten ohne Ordnung durch die Straßen. Wo es möglich war, wurden Straßendamen und Fußwege unbehindert durchgelassen. Nur der Zug gegen Leutnantassistenten und Schwarz-wiß-rote Horden regte sich zuweilen wieder in der Weise wie in den Fobembertagen. Die Einwohner Berlins werden gesehen haben, daß es bei den Gegnern der Regierung nicht mit einem kleinen Hülsenknall angeht, verheerliche Elemente zu tun haben, sondern mit einer ungeheuren Masse, deren Wille nicht gedrohen werden kann, deren Wille früher oder später sich durchsetzen wird.

Unter den Linden.

Gegen 3 1/2 Uhr ist Unter den Linden, Ecke Wilhelmstraße eine Verlehrsstockung eingetreten, weil eine Kette von Soldaten die Wilhelmstraße absperrt. In einzelnen Gruppen haben sich die Tausende zusammengeschlossen; aus allen Gesprächen vernimmt man den Willen über die Politik der Ebert-Scheidemann. Man erzählt, wie ihre Durcheinanderpredigt erst das Wirtschaftsleben so weit runter hat, erzählt, wie sie zu allen Schandthaten der früheren Regierung über Soldatenmishandlungen im Felde über Einziehung wegen politischen Verdachts geschwiegen haben. Derweil kommt ein langer Zug mit roten Fahnen unter den Ausrufen: „Es lebe die Weltrevolution“ und strebt dem Brandenburger Tore zu.

Gedruft auf Liebknecht erklingen. Dem Zuge angeschlossen sind die demonstrierenden Arbeiter aus den Siemenswerken.

Das Hotel Adlon hat seine sonst so gastlich einladenden Porten durch Eisenschütten geschlossen; man kann so nicht wissen. Ein kleiner Trupp, der eine Tafel mit der Aufschrift: Wegen Spartakus, marschiert auf die Wilhelmstraße zu; er besteht zum allergrößten Teil aus Frauen und jungen Mädchen. Auf dem Pariser Platz steigt plötzlich eine Rauch- und Feuerhaube auf: Eine kleine Fackel von Arbeitern verbrennen einen Ballen Scheidemann-Flugblätter, die in bekannter Weise zur Ruhe und Ordnung mahnen. Vor dem Brandenburger Tor erscheint plötzlich ein Automobil mit einer roten Fahne, auf seinem Dach ist ein Maskengetöse aufgestellt. Dem Zug von Arbeitern und Soldaten, der ihm folgt, haben sich die Arbeiter der Vorposten und der Imperial-Posten-Bezirke, Wilmersdorf, angeschlossen. In lauten Protestrufen gegen Scheidemann ziehen sie vorüber.

Um die Mittagszeit in der Wilhelmstraße.

Die Wilhelmstraße und der Kaiserhof sind Hauptquartier und Sammelort der Mehrheitssozialisten. Vor dem Reichslanglerpalais drängt sich den ganzen Tag über eine auf- und abströmende Menschenmenge. Sie zählt nach vielen Tausenden. Wer ein geschlossener Wille befeuert sie nicht. Sie setzt sich aus Demonstranten und Reugierigen zusammen, und die Demonstranten wiederum teilen sich in Mehrheitssozialisten und Würgeleiche. Aus der Menge ragen viele Tische und Plakate: „Hoch die Regierung!“, „Nieder mit dem Terror!“, dann die Namen zahlreicher Betriebe. Aber dazwischen sind Plakate, deren Träger ohne Zweifel weder Proletarier noch Sozialisten sind: Ausgerechnet die Demokraten tragen ein Schild mit der Aufschrift: Die Demokratische Partei für Ebert-Scheidemann.

Herr Scheidemann wird über die Ovationen seiner bürgerlichen Gönner jedenfalls hochbeglückt sein. Der noch ehrlich sozialistisch gesinnte Teil der Mehrheitsdemonstranten aber wird von diesen Bundesbrüdern wohl nicht sehr erbauet sein.

Im allgemeinen verhält sich die Menge ruhig und abwartend. In einzelnen Gruppen debattiert man heftig, und zuweilen erhebt sich der Ruf: „Hoch die Regierung!“

Vom Balkon des dem Reichslanglerpalais gegenüberliegenden Gebäudes werden von Zeit zu Zeit Reden gehalten, die die Regierung zum energischen Handeln auffordern — die aber schließlich auch nur in ein „Hoch“ und „Wass“-Rufen auslaufen.

„Kann mit Modell!“ „Hängt ihr auf!“ ertönt es plötzlich von einigen Seiten. Auch „Nieder mit Liebknecht!“ hört man. Aber dann scheidet die Menge wieder schweigend und wartet.

In die nebenliegende Hofstraße bringen große Bände von unbewaffneten Soldaten ein, die dort von der Regierung Wasser und Munition erhalten sollen. Als späterhin der Regen einsetzt, schmilzt die Menge allmählich zusammen.

Vor dem Reichslanglerpalais.

Der Scheidemannanhang karriert vor dem Reichslanglerpalais auf die Parole, die die Regierung ausgeben würde. Gegen 1 Uhr erklärte Scheidemann, die Regierung sei dabei, einen ruhigen und entscheidenden Entschluß zu fassen, und dieser Entschluß würde bald bekanntgegeben werden. Gegen 12 Uhr trat Ebert ans Fenster und hielt an die Versammelten eine seiner bekannten Ordnungsbreden. Er wiederholte die seitfam bekannten Tiraden von Frieden, Freiheit und Brot, von Vertrauen zur Regierung und der Festigkeit des Regierungswillens. Er fand damit den lautesten Beifall bei den zahlreich versammelten bürgerlichen Demokraten und Mittäufsern seiner Regierungspolitik. Nach ihm ergriff Scheidemann noch einmal das Wort. Er machte den Witz, der ihm aber durchaus ernst erschien, daß um 8 Uhr früh von Spartakusleuten das Todesurteil gegen ihn ausgesprochen worden sei. Er kümmerte sich nicht darum. Außerdem sei sein Bild, an einem Gagen bannweid, über die Linden getragen worden. Auch das kümmerte ihn nicht. Er werde an seiner Stelle aufhorchen bis zuletzt. Dann verließ er sich zu folgenden Verhandlungen: Sie, die heutigen Regierungsvertreter, hätten die Revolution gemacht. Sie hätten die sozialistische Republik aus-

gerufen und die Umarmungen mit in die Regierung verurteilt. Aber das Treiben der Spartakusleute habe jedes Zusammenarbeiten unmöglich gemacht. Zum Schluss forderte Scheidemann die Zivilisten auf, sich mit Waffen zu versehen, um als bewaffnete Macht hinter die Regierung zu treten.

Die Bewaffnung ging denn auch systematisch vor sich. In der Hofstraße war ein Waffendepot eingerichtet worden. Dauernd kamen Kisten angefüllt mit kräftigen neuen Waffen herbei. Das Reichskanzlerpalais und die umliegenden Gebäude glänzen bald einer waffenstrotzenden Festung. Jeder Mauervorsprung, jedes Fenster war zur Unterbringung von Stahlhelmen und handgranatensüchtigen Soldaten und Zivilisten ausgenutzt.

Schüsse am Wilhelmplatz.

Als gegen drei Uhr ein Demonstrationstrupp der revolutionären Arbeiter und Soldaten am Wilhelmplatz vorbeizog, gab es denn auch mit den von Scheidemann bewaffneten Leuten einen Zusammenstoß. Die Soldaten und Zivilisten schrien die Demonstranten entgegen: „Zurück!“ Gleich darauf trafen einige Soldaten in die Menge, mehrere stürzten getroffen auf das Pflaster. Die Schierelei soll einen Toten und acht Verwundete gekostet haben. Gegen acht Uhr abends war es vor dem Reichskanzlerpalais still geworden. Die Demonstranten hatten sich verzogen. Man sah nur noch Wachmannschaften mit Stahlhelmen und Handgranaten auf und nieder gehen.

Schiereien in verschiedenen Stadtteilen.

Außer den Zusammenstößen am Reichskanzlerpalais ist es auch noch am Kriegsministerium und am Leipziger Platz zu Zusammenstößen gekommen. Als ein Zug der Leipziger Straße entlang zog, stellte sich ihm an der Ecke der Wilhelmstraße ein größerer Trupp Soldaten entgegen, die Schilde trugen mit der Aufschrift: „Gott die Regierung Ebert-Scheidemann!“ Es kam zu einer heftigen Schierelei, wobei es ebenfalls Tote und Verwundete gegeben haben soll. Die Verwundeten wurden in das Warenhaus Wertheim hineingetragen und dort verbunden.

Am Leipziger Platz hatte sich eine größere Menge um einen Redner geschart, der im Sinne der revolutionären Arbeiter sprach. Plötzlich kamen aus der Köpenicker Straße zwei Autos, die mit Maschinengewehren bewaffnet waren. Sie begannen auf die Menge, die nicht gegen die Autos unternommen hatte, zu feuern. Die Menge floh auseinander, es waren mehrere getroffen.

Im weiteren Verlauf des Nachmittags konnte man noch an verschiedenen Stellen der Stadt Zusammenstöße wahrnehmen. Kurz nach vier Uhr kam aus der Friedrichstraße ein Trupp bewaffneter Soldaten und Zivilisten gestürzt. Sie trugen ein Schild mit der Aufschrift: „Für Ebert-Scheidemann!“ Der Führer des Trupps richtete an die ahnungslose Menge die laute Frage: „Für Scheidemann oder Spartakus?“ Beim Gerannenen der Bewaffneten floh die Menge auseinander, der Trupp überquerte mit schußbereitem Gewehr die Linden, plötzlich fielen eine Anzahl Schüsse. Der die Schierelei angefangen hat, ließ sich nicht feststellen. Einige behaupten, es sei aus den Häusern geschossen worden. Von den Demonstranten, die an der Charlottenstraße, Ecke Unter den Linden standen, kann nicht geschossen worden sein, denn von den Scheidemann-Soldaten ist einer zwischen der Straße Unter den Linden und der Prenzlauerstraße getroffen worden und zu Boden gestürzt. Er wurde schwer verwundet in ein Blumengeschäft getragen und kurze Zeit darauf durch ein Sanitätsautomobil abgeholt.

Sehn Uhr abends.

Die Straßen sind noch immer voller Menschen. An einigen Punkten bilden sich größere Trupps und diskutieren eifrig die Vorkommnisse des Tages. Je nach der Zusammenkunft wird bald ein Hoch auf Ebert-Scheidemann, bald ein Hoch auf die sozialistische Weltrevolution ausgebracht.

Wiese wissen überhaupt nicht, welche Ursachen den Vorkommnissen des Tages zugrunde liegen. Vor allem die Soldaten folgen sich über die Lage nicht völlig unterrichtet. Sie glauben, es handle sich lediglich um die Person Liebknecht. Werden sie aber darüber aufgeklärt, daß es sich bei den Vorgängen nicht lediglich um eine Demonstration der Spartakusgruppe handelt, sondern um die Tatsache, daß der Geist der Revolution von der Regierung Ebert-Scheidemann unterdrückt werden soll, dann hört man von den Soldaten allgemein: Für diese Sache kämpfen wir auch!

Ungetriebene Zustimmung findet man bei den Soldaten vor allem dann, wenn man ihnen die Notwendigkeit der Abschaffung der Kommandogewalt vor Augen führt und die Beseitigung der noch von altem preussischem Geiste besetzten Offizierskastei. Die Soldaten, die vier Jahre lang unter der eisernen Disziplin des Militarismus standen, wollen nicht, daß diese Kräfte jemals wieder zur Herrschaft gelangen.

Die Luft ist immer noch wie elektrisch geladen. Zwischen Zeit man von irgendwo her Schüsse trafen. Was geht dort vor? Um was handelt es sich? Diese Fragen tauchen immer wieder auf. Aber die Gerüchte, die durch die Stadt schwirren, geben darüber keine klare Auskunft.

Blutige Zusammenstöße.

Den Verhältnissen entsprechend war es schwer, authentische Nachrichten über die wilden Verhältnisse, die an allen Ecken und Enden der Stadt sich verbreiteten, zu bekommen. Alle diese Nachrichten, die bisher verbreitet sind, müssen daher mit einer gewissen Vorsicht ausgenommen werden. Wir beschränken uns deshalb auf die Wiedergabe solcher Ereignisse, die uns von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wurden oder von denen Wichtigkeit wir uns selbst überzeugen konnten. Vom Volksgesundheitsrat erhielten wir gestern abend die Nachricht, daß sich an der Kaserne der Pioniere in der Köpenicker Straße heftige Kämpfe abspielten. Veranlassung dazu soll gewesen sein, daß einige Marine-Land-Mieger von Pionieren verhaftet werden sollten. Auch einige Autos sowie Munition wurden von den Pionieren angehalten und abgenommen. Bei diesem Kampfe sind außer vielen Verwundeten auch etwa

15 Tote

zu beklagen. Ferner wird mitgeteilt, daß auch von dem Kriegsministerium aus geschossen worden sein soll, wodurch acht Personen getötet, zehn schwer verletzt wurden. Unter den Toten befindet sich auch ein dreizehnjähriges Mädchen, namens Elisabeth Stein aus der Friedrichstraße, 21 in Treptow. Auch den Namen eines anderen Toten an dieser Stelle, Paul Mohr, Kolonier, 70 wohnhaft, konnten wir erfahren. Wie uns noch weiter mitgeteilt wird, kam es auch am Potsdamer Platz mehrfach zu Zusammenstößen, die aber scheinbar unblutig verliefen.

Im allgemeinen beschränken sich die gegenüberstehenden Parteien auf die gegenseitige Abnahme von Autos, Waffen und Mu-

nikation, wobei der jeweils schwächere Teil sich der Niederlage bei dem anderen nach einigem Widerstreben fügte, so daß es zu keinem Blutbad mehr kam.

Der Kriegsjahresplan.

Der gestern in den Abendstunden die Straßen Berlins besonders im Innern der Stadt durchschritt, dem bot sich ein äußerst kriegerisches Bild dar. Am stärksten zeigte sich dieser Eindruck in der

Umgebung des Reichskanzlerpalais,

wo man große Scharen Bewaffneter in Zivil und Soldatenröcken antreffen konnte. Den Wilhelmplatz hatten die bewaffneten Scharen Scheidemanns besetzt, die sich den Kaiserhof als Hauptquartier erwählt hatten. Die Leipziger Straße von der Prenzlauerstraße bis zum Potsdamer Platz war von bewaffneten Scharen revolutionärer Arbeiter in Besitz genommen. Der Verkehr war an dieser Stelle gesperrt. Das Herrenhaus war hier der Mittelpunkt der kampfbereiten revolutionären Arbeiterschaft.

Terror von rechts.

Als in der Mittagsstunde einige unserer Genossen unter die Demonstranten der Reichspartei kamen, erregte sie sich folgender Vorfall auf einzelne Aulse „Doch Scheidemann“ sollte von seiten eines Genossen prompt die Antwort: „Nieder mit Scheidemann“. Im Nu sammelte sich die Menschenmasse um unseren Genossen und ging tödlich vor. Schimpf- und Drohmorte wurden laut bis man kurzerhand ausstieg. Die bloße Erklärung, überzeugter Anhänger der U.S.V.D. zu sein, brachte die salzende Spießkerle zum Kochen. Die Leute, die gegen den Terror schreien, schritten zur Gewalt mit den Worten: „Jeden Spartakisten umzubringen“. „Ihr müßt gehandelt werden!“ „Hier sind wir die Mehrheit“. „Hier haben Sie sich ruhig zu verhalten, sonst sollen Sie sehen, wir bringen jeden Spartakisten um, der sich hier sehen läßt“. Die bürgerlichen Herren hefteten die Waage mit den wildsten Behauptungen auf, indem sie unserem Genossen unterstoben, er habe geschossen und Hoch Diebstahl gerufen. Das letztere war besonders der Grund zur Empörung. Es genügte als Grund, um einen Menschen erschlagen zu wollen. Nur durch das Dazwischentreten einiger besonnenen Personen gelang es, das Leben des Genossen zu retten.

Die Befehle des „Vorwärts“.

Der „Vorwärts“ war bis gestern abend spät noch immer in den Händen der revolutionären Arbeiter. Diese beabsichtigten, Dienstag früh ihn vierseitig herauszubringen, was ihnen aber dadurch erschwert sein dürfte, daß die telefonische Verbindung zum Vorwärtsgebäude aus nicht gut funktionierender soll. Trotzdem wurde der Versuch, ein stärkeres Blatt herauszubringen, unternommen.

Besten erschien der „Vorwärts“ mit dem Untertitel „Organ der revolutionären Arbeiterschaft Groß-Berlins“ in zwei beiseitigen Ausgaben. In der einen bietet die neue Redaktion die Leser um Rücksicht, da sie einstimmen noch mit großer technischer Schwierigkeit zu kämpfen habe. In der anderen werden die Gründe dargelegt, die die revolutionäre Arbeiterschaft zu dieser nochmaligen Befehle des „Vorwärts“ trieben. Neben dem revolutionären „Vorwärts“ ist in den Abendstunden noch eine Ausgabe des Regierungs-„Vorwärts“ erschienen, die in einer Privatdruckerei hergestellt wurde.

Kämpfe in Spandau.

Aus Spandau wird uns gemeldet: Das Spandaues Rathaus ist Montag von Spartakusleuten besetzt; von Pionieren wurde auf das Rathaus geschossen, und zwar von der Post aus. Das Feuer ist von den Spartakusleuten nicht erwidert worden; die Spartakusleute hielten eine weiße Flagge, es wurde daraufhin in Verhandlungen eingetreten. Das Ergebnis war ein Waffenstillstand bis Dienstag abend 6 Uhr. Es sind noch kleine Plänkchen im Gange.

Kanonen für Spandau verlangt.

Vom Ausschuss der Soldatenräte Döberitz wird uns gemeldet:

Vom 5. Garde-Infanterie-Regiment wurde gestern das Ersatz-Bataillon des 1. Garde-Fußartillerie-Regiments angerufen und es wurde die sofortige Bestellung einer Batterie für Spandau verlangt. Das Ersatz-Bataillon des 1. Garde-Fußartillerie-Regiments rief sofort den Ausschuss der Soldatenräte Döberitz an und verlangte Verhaltensregeln in diesem Falle. Der Ausschuss der Soldatenräte setzte sich telephonisch mit dem 5. Garde-Regiment in Spandau in Verbindung und es wurde ihm bestätigt, daß von dort telephonisch eine Batterie verlangt werden war. Auf seine Anfrage um Klarlegung der Verhältnisse wurde ihm geantwortet, daß die Unabhängigen und Spartakusleute heute morgen das Rathaus Spandau besetzt hätten, und daß sie darauf mit Waffengewalt vertrieben werden müßten, wogegen auch die Batterie Verwendung finden sollte. Auf die Anfrage des Ausschusses, ob sich die Spartakusleute und Unabhängigen ohne Waffengewalt in den Besitz des Rathauses gesetzt hätten, wurde ihm dies bestätigt. Zur Zeit sollen Verhandlungen im Gange und eine Waffenruhe geschlossen sein. Nach Ablauf der Waffenruhe sollen dann erneut um die Bestellung einer Batterie an Döberitz herangetreten werden.

Der Ausschuss der Soldatenräte Döberitz erklärt hiermit, daß er sämtlichen Truppenteilen die Anweisung gegeben hat, für diese Zwecke keine Truppen bzw. Waffen zur Verfügung zu stellen.

Sitzung des Volksgesundheitsrats der U.- und S.-Räte Groß-Berlins.

Nachgabe des „Vorwärts“. — Amtsenthebung Eichhorns.

Montag nachmittag 4 Uhr trat der Volksgesundheitsrat Groß-Berlins zu einer Sitzung zusammen. Da der größte Teil der Vertreter der U.S.V. nicht anwesend war, wurde der Antrag auf Vertagung der Sitzung gestellt. Der Antrag wurde abgelehnt.

Von den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei wurde folgender Antrag gestellt:

„Der Volksgesundheitsrat der U. und S.-Räte Groß-Berlins fordert die sofortige Wiederherstellung der uneingeschränkten Pressefreiheit für alle Zeitungen, sowie

die Rückgabe des Vorwärts an seine rechtmäßigen Eigentümer.“

Von den Vertretern der Unabhängigen Partei wurde nachstehender Antrag gestellt:

„Da dem Volksgesundheitsrat die näheren Umstände, die zur Befehle des „Vorwärts“ usw. geführt haben, nicht bekannt sind, und da ferner von den zehn Vertretern der U. S. V. des Volksgesundheitsrats nur zwei anwesend sind, wird beantragt, die Beratung des Antrages der Sozialdemokratischen Partei zu vertagen, bis die in Betracht kommenden Vorgänge genügend geklärt und sämtliche Mitglieder des Volksgesundheitsrats anwesend sind.“

Dieser Antrag wurde mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Darauf wurde nach längerer Diskussion der Antrag der Sozialdemokratischen Partei, die Pressefreiheit betreffend, mit 12 gegen 2 Stimmen angenommen.

Die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei legten darauf folgende Kundgebung zur Beschlussfassung vor:

„An die Bevölkerung Groß-Berlins“

Der Volksgesundheitsrat für Groß-Berlin hat die vom Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik verlangte und vom Ministerium des Innern vollzogene Amtsenthebung des Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn bekräftigt. Michin haben alle von der Revolution eingesetzten Behörden dieser Entlassung zugestimmt. Die erbitterte Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung Berlins wünscht, daß diese Entlassung so rasch wie möglich zur Tat gemacht wird. Den Befehlen des Polizeipräsidenten Eichhorn, der sich sein Amt willkürlich anmaßt, ist daher nicht mehr Folge zu leisten. Wer sie befolgt, handelt in offener Auflehnung gegen die Reichsregierung, gegen den vom Rang der Arbeiter- und Soldatenräte gewählten Zentralrat und gegen den Volksgesundheitsrat für Groß-Berlin.“

Auch dieser Antrag wurde mit 12 gegen 2 Stimmen angenommen.

Schluss der Sitzung gegen 6 Uhr. Zu der obersiehenden Erklärung gegen den Polizeipräsidenten Eichhorn haben die beiden Unterzeichneten folgendes zu erklären:

Erklärung.

Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen ein solches Vorgehen gegen den Polizeipräsidenten Eichhorn. Nach unserer Überzeugung hätte der Volksgesundheitsrat unbedingt die Pflicht gehabt, Eichhorn, der keineswegs vom Volksgesundheitsrat in seinem Amte bestätigt worden ist, erst zu hören. Wir legen deshalb Protest vor, daß der Volksgesundheitsrat auf Grund einseitigen Anlagematerials Eichhorn ohne weiteres beurteilt und die vom Ministerium des Innern verfügte Amtsenthebung Eichhorns bestätigt hat.

Richard Müller. Ernst Däumig.

Diese Erklärung trägt nur zwei Unterschriften, weil die anderen unabhängigen Mitglieder des Volksgesundheitsrats, wie oben erwähnt, in der Sitzung abwesend waren.

Wechsel in der Leitung der Berliner Kommandantur.

Ablegung Fischers. — Protest der Franzser.

Die Regierung Ebert-Scheidemann hat den von den Soldatenräten gewählten Berliner Stadtkommandanten Leutnant Fischer kraft ihres Nachspruches von seinem Posten entlassen und an seiner Stelle einen höheren Offizier eingesetzt. Wir erfahren das aus folgendem vertraulichem Telegramm, das gestern vormittag an die verschiedenen militärischen Dienststellen versandt wurde:

„Dem heutigen Tage übernimmt in Vertretung des Leutnants Fischer die Geschäfte der Berliner Kommandantur bis aus weiteres Oberleutnant Saupel.“

Hauptmann Wetz wird ihm zugeteilt.

Die Reichsregierung: ges. Ebert, Scheidemann.

Ein günstiger Wind hat uns folgenden Protest des Kommandeurs der Franzser gegen diesen Erlass der Regierung zugeführt:

„Wir erklären als Regierungstruppe, die nicht frei in der Luft hängt, da wir sonst Anarchisten wären: Wir stehen geschlossen hinter der jeweiligen vom Volke anerkannten Regierung, ohne auf die Personen, wohl aber auf die Sache zu achten, und zwar einer solchen Regierung, die die Erhaltung der Revolution, die sozialistische Republik, hochhält, und die Beschäfte der Räte-Kongresse. Wegen einer Veranlassung unaufgeklärter Truppen, die um Berlin lagern sollen, protestieren wir energisch und erklären, daß wir unsern selbstgewählten, vom Vertrauen der Kameraden getragenen Führern gehorchen, Offiziere aber, die uns aufstößig werden sollen, ablehnen. Des weiteren protestieren wir gegen die Einschickung von Oberleutnant Saupel und Hauptmann Wetz als Stadtkommandanten durch die Regierung. Wir werden nur einen aus den Reihen der Kameraden bestimmen und dem Vertrauen der Kameraden getragenen Kameraden als Stadtkommandanten Folge leisten, der auch dann im Verein mit der Arbeiterschaft imstande sein wird, die Regierung zu wählen und die Republik und mit ihr Ordnung, Ruhe und Sicherheit aufrecht zu erhalten. Wer das Gegenteil davon tut, vergeht sich schwer am deutschen Volk.“

Wir nehmen an, daß der Protest der Franzser auch bei den anderen Berliner Truppenteilen Anklang finden wird.

Die Braunschweigische Regierung bleibt.

Die Regierung der Republik Braunschweig hat am 8. Januar ihre vor einigen Tagen gegebene Rücktrittserklärung wieder zurückgezogen. In einer Sitzung der Volkskommission wurde die Sachlage in so weit geklärt, als der polemische Teil der letzten Denkschrift, aus der sich die Differenzen ergeben hatten, zurückgezogen wurde. Bei der Frage der Arbeitslosenunterstützung wurde in die Denkschrift eingefügt, daß die zu zahlende Unterstützung nicht aus allgemeinen Steuermitteln auszubringen ist, sondern von denen gezahlt werden soll, die die Ursache der Arbeitslosigkeit sind: die Unternehmer.

England und der russische Bolschewismus.

Die französische Station Lyon sendet folgendes Londoner Telegramm:

Die Zustände in Russland verursachen dem englischen auswärtigen Amt ein großes Kopfzerbrechen. Man hat entschieden, daß die russische Frage die erste sein soll, die auf der interalliierten Konferenz zur Entscheidung gebracht werden muß.

Die englische Regierung hat sich davon überzeugt, daß eine Intervention mit Hilfe eines Expeditionskorps unmöglich ist, ist aber entschlossen, die Bildung einer möglichst dauerhaften Regierung in Rußland zu unterstützen. Die Möglichkeit hierfür hängt sehr von Polen ab und ob dieses selbst imstande sein wird, eine geeignete Regierung aufzurichten. Man hält eine polnische Armee für fähig, den dringenden Eindruck des Volkswillens einzubringen; auch Rumänen hätten hierbei helfend eingreifen.

Erneute Schießereien in Königshütte.

T. U. Königshütte, 6. Januar. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag kam es in Königshütte wiederum zu Schießereien und neuen Feuergefechten zwischen den Warburger Nägern und den Spartakus-Anhängern. Die Spartakisten waren gegen 5 Uhr abends durch die Stadt marschierend und hatten einzelne Wachtposten der hiesigen Wachkompanie entworfen. Sie gingen dann gegen die in ihren Quartieren liegenden Näger vor. Es gab zahlreiche Verwundete, insbesondere unter den Spartakus-Leuten. Von den Nägern wurden zwei Mann verletzt. Gegen 10 Uhr herrschte Ruhe in der Stadt.

Schneidmühl vor der Besetzung durch die Polen.

Schneidmühl, 6. Januar. Wie die „Telegraphen-Union“ erzählt, ist jede Verbindung zwischen Schneidmühl und Kolmar unterbrochen. Was die Besetzung von Kolmar anbetrifft, so wurde diese Stadt gestern nachmittag von den Polen angegriffen. Eine Abordnung, bestehend aus dem Bürgermeister, dem katholischen Geistlichen und dem Rektor Fraßke, begab sich in das Lager der Polen und vereinbarte die Übergabebedingungen. In Schneidmühl erwartet man jeden Augenblick das Eintreffen der Polen. Die Beunruhigung in der Stadt hat ihren Höhepunkt erreicht. In Wiesel soll ein schwerer Kampf zwischen der deutschen Besatzung und den Polen stattgefunden haben. Hierbei haben, wie verlautet, die Polen schwere Verluste erlitten. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Groß-Berlin.

Sympathielandgebung.

Auf der gestern im Gewerkschaftshause stattgefundenen Versammlung der U. S. P. (III. Kreis) wurde beschlossen, für den in seiner Existenz bedrohten 53er-Ausschuß (Zentralrat der Marine) heute vormittag um 11 Uhr vor dem Reichsmarinamt (Königin-Augusta-Str.) eine friedliche Kundgebung zu veranstalten. Die Genossen werden aufgefordert, sich daran zu beteiligen.

Versammlung der U. S. P. im Gewerkschaftshause.

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses fand gestern abend eine vom III. Kreis einberufene öffentliche Volksversammlung statt, die sehr gut besucht war. Nach den Referaten der Genossen Kubig und Guimann nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

Die Versammlung beruft die sofortige Auflösung der gesamten Wehrmacht Deutschlands und die Aufstellung einer sozialistischen Volkswache. Sie protestiert entschieden gegen die niederträchtige Anwerbung von Freiwilligen für den Osten als neue Blutopfer und lehnt jedes Mittel der Gegenrevolution ab. Mit äußerster Entschiedenheit lehnt die Versammlung sich dagegen ab, daß der um die Revolution hochverdiente und für ihre Sicherheit unentbehrliche 53er-Ausschuß (Zentralrat der Marine) zur Ohnmacht verurteilt oder aufgelöst wird, wie Herr Koste es plant.

Die Scheidemann-Garde.

Die künftigen Beamten waren gestern in der Stadthalle versammelt. Auf Wunsch einiger Beamten begab sich unser Genosse Stadtdirektor Dr. Weinberg dahin, um eine kurze Ansprache zu halten. Die Versammlung wurde durch einige Worte des Vorsitzenden eingeleitet. Als Genosse Weinberg das Wort nehmen wollte, schrie man ihm entgegen: Die wollen für die Regierung Ebert-Scheidemann demonstrieren, wir wollen Sie nicht hören! Genosse Weinberg stellte sich als Stadtdirektor der U. S. P. D. und als Volksbeauftragter vor, versuchte darzulegen, daß gerade die U. S. P. D. im Rathause mit aller Entschiedenheit für die Interessen der künftigen Beamten stets eingetreten sei, aber er konnte sich kaum Gehör verschaffen. Ständig wurde er unterbrochen unter Rufen wie: Fort mit der dreckigen Judenbande! Dazwischen fortgesetzt großes Geschrei und neue Rufe: Runter mit dem Juden und der Judenbande, wir wollen hier Ebert-Scheidemann! Der Rabau steigerte sich. Mit Stühlen bedrohte man den Redner. Man ging man zu Tätlichkeiten über, versuchte Weinberg die Sachen vom Tische zu reißen und ihn von der Bühne zu zerren. Schließlich verdrängte man unsern Genossen, der nur mit Mühe sein Leben in Sicherheit bringen konnte. Alles unter fortgesetzten Demonstrationen für Ebert-Scheidemann. Und solche Leute geben nach der Wilhelmstraße, um für Landberg zu wirken, der doch auch Jude ist.

Wenn auch der Vorsitzende sich wegen des pöbelhaften Benehmens der Beamten bei unserm Genossen entschuldigte, so zeigt der Vorfall doch, was Geistes Kind die Scheidemann-Garde ist.

Die Erwerbslosenfürsorge.

Der Registrationskommissar für die Erwerbslosenfürsorge macht die Änderung der Statuten §§ 7 und 8, betreffend die Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin, mit Wirkung vom 6. Januar d. J. ab bekannt. Die Höhe der Unterstützung beträgt demnach bei männlicher Erwerbslosigkeit für jeden arbeitslosen Wochentag für männliche Personen über 17 Jahre 4 M., zwischen 14 und 17 Jahren 3 Mark, für weibliche Personen über 17 Jahre 3 Mark, für weibliche Personen zwischen 14 und 17 Jahren 2,50 Mark, für die Eltern, für jedes Kind unter 14 Jahren und für sonstige im Haushalt lebende erwerbsfähige Personen, zu deren Unterhalt der Unterhaltspflichtig verpflichtet ist, wird ein Zuschlag von 1 M. für den Arbeitslosen gewährt. Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Säulenanschläge und die Bekanntmachungen im Anzeigenteil verwiesen.

Der Demobilisations-Ausschuß Groß-Berlin hat in seiner Sitzung am Sonnabend beschlossen, den Herrn Staatssekretär des Demobilisationsamtes dringlich um mündliche Verhandlung über Neugestaltung und Vereinfachung der Unterhaltungsfrage für Arbeitslose und überdies für den Bezug der Unterstützung nachgebende Grundzüge zu ersuchen. Es hat sich als schwerer Mangel erwiesen, daß die gegenwärtigen Bestimmungen des Reichs den ökonomischen Zusammenhang zwischen den Maßnahmen der einzelnen Städte untereinander und im Verhältnis zu Stadt und Land vollständig außer Acht lassen. Der Demobil-

machungsausschuß für Groß-Berlin ist der Meinung, daß diese Unterlassung schleunigst nachgeholt werden müsse, und glaubt damit auch den Wünschen der Arbeitslosen selbst entgegen zu kommen.

Sämtliche Arbeiterräte in Kleinbetrieben (Berufsgruppenvertreter) werden gebeten, zur Besprechung ihres Materials für die Richtlinien der Arbeiterräte heute (Dienstag), nachmittags 4 Uhr, im Abgeordnetenhaus (Zeilstra.) zu erscheinen.

Wichtig: Allen zurückgekehrten Turn- und Sportgenossen zur Nachricht, daß vom Donnerstag ab der Turnbetrieb der 8. Männerabteilung Turnverein „Hilke“ jeden Montag und Donnerstag von 8-10 Uhr, abends, in der neuen Turnhalle der Gemeindeschule Gräffstr. 85/86 wieder eröffnet wird. An den gleichen Abenden turnt die 6. Schülerabteilung von 6-8 Uhr. — Am Sonnabend, den 11. Januar, abends 8 Uhr, Generalversammlung bei O. Pech, Urbanstraße 51.

Lebensmittellisten.

Novanes. Für die mit dem 10. Januar 1919 beginnende Fleischkartenperiode wird die Anlegung neuer Kundenverzeichnisse angeordnet. Zur Auflegung neuer Kundenverzeichnisse sind diejenigen Fleischhändler und Fleischverarbeiter berechtigt, welche ihren Geschäftsbetrieb bis zum Schluß der laufenden Fleischkartenperiode aufrecht erhalten. Außerdem ist die Auflegung neuer Kundenverzeichnisse denjenigen Fleischhändlern und Fleischverarbeitern gestattet, die während des Krieges infolge Einberufung zum Wehrdienst ihren Geschäftsbetrieb geschlossen haben. Jeder Novaneur Einwohner muß die Anmeldung für die neu anzulegenden Kundenverzeichnisse bei demjenigen Fleischer oder Fleischverarbeiter, bei dem er sein Fleisch beziehen will, in der Zeit vom 9 bis 11. Januar bewirken. Zu diesem Zweck hat der Karteninhaber oder Haushaltungsvorstand seine die neu anzulegenden Kundenverzeichnisse bei demjenigen Fleischer oder Fleischverarbeiter vorzuliegen. Letzterer hat die an den Karten befindlichen Anmeldeabschnitte abzutrennen und an sich zu nehmen.

Aus den Organisationen.

Zweiter Wahlkreis U. S. P. D. Morgen, Mittwoch, den 8. d. M., abends 7 Uhr finden folgende Zusammenkünfte mit Wahlgelegenheit statt: 1. und 2. Wkt. bei Rabida, Dammstr. 10; 3. Wkt. bei Radmann, Wilhelmstr. 118; 4. Wkt. bei Schum, Charlottenstr. 7; 5. Wkt. bei Albert, Sageberger Str. 52; 6. Wkt. bei Wechtling, Gneisenaustr. 88; 7. Wkt. bei Bieler, Blücherstr. 50, für die Bezirke 115, 118, 119, 120, 123, 124, 129; bei Wolff, Planufer 27, für den Bezirk 117; bei Petermann, Gneisenaustr. 45, für die Bezirke 121, 122; bei Brandenburg, Boelcke-Str. 5, für die Bezirke 131, 131a; bei Keller, Wassertorstr. 71, für die Bezirke 200 bis 212; 8. Wkt. in der Schulaula, Diefenbachstr. 51, Tagesordnung: 1. Aussprache über die politische Lage, 2. Unsere Vorbereitungen zu den bevorstehenden Wahlen. — Alle Genossen und Genossinnen werden dringend ersucht, pünktlich zu erscheinen, insbesondere die aus dem Felde zurückgekehrten Mitglieber, denen daselbst Gelegenheit gegeben ist, ihre Mitteilungsliste zu erneuern und fortzusetzen. Der Vorstand.

Heute, Dienstag, den 7. Januar, abends 7 Uhr öffentliche Wahlerversammlung in Bedarfsgesellschaftsraum, Gneisenaustr. 87.

Reinholdstr. West. Die Kaffeestunde der Gruppen findet abends 7 Uhr in folgenden Lokalen statt: Gruppe 1 bei Hülshorn, Waldstr. 61, Gruppe 2 und 3 bei Kassel, Gleditschstr. 44, Gruppe 4 und 5 bei Margarete, Schornweber-Edel-Kaffeehaus, Gruppe 6 und 7 bei Reizner, Gleditschstr. 44, Gruppe 8 und 10 bei Rohn, Schilling-Edel-Kaffeehaus, Gruppe 9 und 10 bei Reumann, Edel-Kaffeehaus und Schornweberstr. Der wöchentlichen Tagesordnung halber reger Besuch erwünscht. Die „Freiheit“-Beser sind sämtlich eingeladen.

U. S. P. Crantenburg. Der nächste Jahlabend findet am Mittwoch, den 8. Januar, abends 7 Uhr, in den bekanntgegebenen Lokalen statt. Pünktliches Erscheinen.

Die nächste öffentliche Volksversammlung findet am Donnerstag, den 9. Januar, 7 1/2 Uhr abends, im Schützenhaus statt.

Sehen-Neuendorf! Achtung! Am Mittwoch, den 8. Januar, abends 8 Uhr, findet im Lokal „Waldschänke“ (Zuh. Wessin), am Tschirn-Schloß, unser Jahlabend statt. Vortrag des Genossen Klobisch, Berlin, „Die kommenden Wahlen und ihre Bedeutung für das Volk“. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht. Der Gruppenführer.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Helepp, Reichenh. — Druck der Verlagsbuchhandlung und Verlagsanstalt m. b. H. Schiffsbauerdamm 19.

Verband der Sattler und Portseuiller, Ortsverwaltung Berlin.

Am Donnerstag, den 9. Januar 1919, abends 7 Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“, August-Ufer 13.

General-Versammlung

- 1. Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittlung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Referent: Kollege Schulze.
- 2. Beratung der Grundlagen des paritätischen Arbeitsnachweises für das Sattler-Portseuiller-Edelwarenverwerbe Groß-Berlin.
- 3. Verschiedenes.

Zutritt zur Versammlung in den Mitgliedern nur gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches oder der Kontrollkarte des Arbeitsnachweises gestattet. Bei 6 M. um die Schaffung einer sehr bedauerlichen Notstandsmaßnahme handelt, um das allgemeine Wohlbefinden, vornehmlich und nicht zu geringen. Die Versammlung wird präzis 7 Uhr eröffnet. Die Ortsverwaltung.

Zweiter Wahlkreis U. S. P.

Morgen, Mittwoch, den 8. d. M., abends 7 Uhr findet folgende

Zusammenkünfte mit Wahlgelegenheit

- 1. und 2. Wkt. bei Rabida, Dammstr. 10.
 - 3. Wkt. bei Radmann, Wilhelmstr. 118.
 - 4. Wkt. bei Schum, Charlottenstr. 7.
 - 5. Wkt. bei Albert, Sageberger Str. 52.
 - 6. Wkt. bei Wechtling, Gneisenaustr. 88.
 - 7. Wkt. bei Bieler, Blücherstr. 50.
- für die Bezirke 115, 118, 119, 120, 123, 124, 129, bei Wolff, Planufer 27, für den Bezirk 117, bei Petermann, Gneisenaustr. 45, für die Bezirke 121, 122, bei Brandenburg, Boelcke-Str. 5, für die Bezirke 131, 131a, bei Keller, Wassertorstr. 71, für die Bezirke 200-212, 8. Wkt. in der Schulaula, Diefenbachstr. 51.

Tagesordnung:

- 1) Aussprache über die politische Lage.
- 2) Unsere Vorbereitungen zu den bevorstehenden Wahlen.

Alle Genossen und Genossinnen werden dringend ersucht, pünktlich zu erscheinen, insbesondere die aus dem Felde zurückgekehrten Mitglieber, denen daselbst Gelegenheit gegeben ist, ihre Mitteilungsliste zu erneuern und fortzusetzen. Der Vorstand.

Paritätischer Arbeitsnachweis Metall-Industrie Groß-Berlins.

Für die Metall-Industrie Groß-Berlins ist ein paritätischer Arbeitsnachweis errichtet worden. Derselbe beginnt am 8. Januar seine Tätigkeit und ist folgendermaßen zueinander.

In der Abteilung I, Linienstraße 83 85, melden sich folgende Berufe:

- Baunnschläger
- Klempner
- Rohrleger, Helfer
- Elektromonteur
- Schmiede
- Autogenschweller
- Brenner
- Drücker
- Zisoleure
- Graveure
- Gold- und Silberarbeiter
- Zingelner und Stürzer.
- Werkzeugmacher
- Einrichter
- Dreher
- Schraubendreher
- Mechaniker
- Gürtler
- Former
- Kernmacher
- Gießereiarbeiter
- Schleifer
- Galvanisierer
- Kratzer
- Dratharbeiter
- Feilenhauer
- Wickler
- Emallierer
- Aufläger

In der Abteilung II, Wusterhausener Str. 15, 1. Hof, melden sich folgende Berufe:

Schlosser, Maschinenarbeiter, Arbeiter, Arbeiterinnen, Nichtmetallarbeiter. Der Arbeitsnachweis ist geöffnet v. 9-2 Uhr, Sonnabends v. 9-12 Uhr.

Für die in Arbeit tretenden Arbeitslosen ist zum Zwecke der Abgabe des Vermittlungsscheines der Arbeitsnachweis bis 3 Uhr.

Sonnabends, bis 2 Uhr, geöffnet. Die Arbeitsvermittlung ist für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Die Arbeitsnachweiskommission.

Gehpelz
mit gutem Tuchbezug und
zudem Pelzfutter sehr preis-
wert zu verkaufen.
Gelegenheit!
Blauer Bazar
Kaiser-Wilhelm-Straße 16,
hohes Alexanderplatz.

Genossen!
werdt Leser
für
Die Freiheit

Reitungsrau
Die Expedition der
„Freiheit“
für Weissensee befindet
sich vom 1. Januar 1919 ab
Sodanstr. 14/1 b. R. Werner

Tabak

Mischung „Nordländer“
Mittelschnitt 20 Gramm 85 Pf.
Feinmittelschnitt 20 Gramm 100 Pf.
Feinmittelschnitt 20 Gramm 110 Pf.
M. Guttmanns neue vor-
bereiteter Pfeifenmischung (Groß-
schnitt) 100 Gr. 1,08 Mark. A.
(Guttmanns Nr. 1 Tabak u.
Weichmischung) 67 Gr. 1,20 M.
In den einschlägigen Geschäften
gegen Vorweisung dieser Anzeige
erhältlich. Wiederverkäufer vor-
zuziehen. Jeder macht
im eigenen Interesse einen Vor-
such. Willkommen Lieberhaber.

M. Guttmann,
Berlin O 37,
Alexanderstraße 22.
Niederlagen:
Parthum, C 25, Alexander-
straße 36, 38-40.
Polakowsky, O 27, Alexander-
straße 22.
Fehmann, O 112, Liebigstr. 16.
Seltzer, S 47, Oranienstraße 50.
Gehr, Gröbe, W 35, Lützow-
straße 10.
Charlottenburg, D. Guttmann,
Potsdamer Straße 12.
Lichtenberg, Rohmann, Frank-
furter Allee 208.
Neukölln, Liebe, Hermann-
straße 85.
Kreuzberg, O 17, Oranienweg 4.
Reiseverle, treter gesucht.

Botenfrauen
sucht
Charlottenburg
Kaiserin-Augusta-Allee 6.

